

DER SOZIALDEMOKRATISCHE KÄMPFER

BUND SOZIALDEMOKRATISCHER FREIHEITSKÄMPFER, OPFER DES FASCHISMUS UND AKTIVER ANTIFASCHISTEN



Wien-Wahl Jede Stimme zählt!



Foto: Schell

Jetzt geht's um Wien: Mit dieser Parole stieg die SPÖ in den Wahlkampf ein. Mit den vielen Genossinnen und Genossen, welche die Bedeutung dieser Wahl in unzähligen Gesprächen und Versammlungen an die zur Wahl Gerufenen weitergaben, darf am Abend des 10. Oktober ein Ergebnis erwartet werden, das die Erfolgsbilanz der sozialdemokratischen Politik in Wien einmal mehr bestätigt.

Als Garant für diesen Weg steht seit 1994 an der Spitze der Stadt und der Landespartei Dr. Michael Häupl, der im weltweiten Vergleich schon zweimal als „Weltmeister“ in Sachen Lebensqualität in Wien stolz sein

konnte. Solches Lob ist als Einladung an Touristen erfreulich, viel mehr aber ist es Bestätigung dafür, dass in diesem Wien gerade auch dessen Bewohner an dieser Lebensqualität teilhaben. Und das kommt zustande, weil der Bürgermeister und seine Mitarbeiter die Wünsche und Sorgen der Bevölkerung ernst nehmen. So konnte etwa in der jüngsten Wirtschaftskrise die Arbeitslosigkeit erfolgreich bekämpft werden. Und der Wohnhausneubau, ein Bereich, den die Partei des „Roten Wien“ seit ihrer Übernahme der Verantwortung für diese Stadt und ihre Menschen seit Jahrzehnten voranstellt, ist eine Hauptaufgabe geblieben, der Ausbau der öffentlichen Verkehrsmittel

kennt keinen Stillstand, nicht zu übersehen die Gesundheitsvorsorge und die Sozialhilfe für Schwache, das Eintreten für Bildung als Chance für alle und für die Kultur, in deren Rahmen Häupl durch massive Förderung der Forschung neue Schwerpunkte setzen will.

Ein Wahlkampf kann sich eben nicht mit einer stolzen Bilanz genügen. Michael Häupl ist ein Politiker, der Visionen hat, die bereits tatkräftig angegangen werden. Eine ganz wichtige davon ist das friedliche Zusammenleben von Alteingesessenen und Zugewanderten. Was auf der einen Seite gelegentlich Unbehagen auslöst, auf der anderen Verständnis für Anpassung vermissen

lässt, soll durch gegenseitigen Respekt zu friedlichem Miteinander finden.

Eine zielgerichtete Politik und die Einsicht der meisten Menschen hat Wien von Gewalttaten verschont. So soll es bleiben, und Wiens Sozialdemokraten entlarven jene, die mit fremdenfeindlicher Hetze Zulauf finden wollen. Einem Strache, der sich zu der Behauptung versteigt, die Wiener SPÖ sei eine „Islamistenpartei“, hat Häupl schon die gebührende Antwort gegeben. Eine bodenlose Frechheit, die im Grunde genauso absurd ist wie der bizarre Wunschtraum des FP-Führers, Wiener Bürgermeister zu werden. ■

Manfred Scheuch

Tiroler Landesverband zu Gast in Wien



Foto: FK

Eine Gruppe der Tiroler Freiheitskämpfer nahm Anfang September die Einladung der SPÖ Wien zu einem Besuch Wiens und der Großveranstaltung anlässlich der Gemeinderatswahl in der Wiener Stadthalle an. Mit dabei war der Landesvorsitzende Helmut Muigg, der mit seiner Gruppe auch die Gelegenheit hatte, in der Stadthalle mit einigen Spitzenmandataren politische Gespräche zu führen.

Am Nachmittag waren die Tiroler Gäste der Bundesorganisation und des Wiener Landesverbandes der Freiheitskämpfer. Ernst Jaritz

und Hans Schiel führten die Tiroler durch einige Kampfstätten des 12. Februar, vor allem in Wien-Brigittenau und in Floridsdorf. Besichtigt wurde dabei der Lasselhof und in Floridsdorf auch jene Stelle am Floridsdorfer Spitz, wo die drei Offiziere des Widerstandes gegen die Nazis von der SS als „Verräter“ gehängt wurden.

Bei der Feuerwehrzentrale Floridsdorf erklärte Hans Schiel die Verteidigungskämpfe des Jahres 1934, ebenso beim Schlingerhof und beim Floridsdorfer Arbeiterheim.

Für die Floridsdorfer und für die gesamte sozialdemokra-

tische Bewegung war Georg Weissel ein mutiger Schutzbündelkommandant, der sich vor seine Feuerwehrleute gestellt und die alleinige Verantwortung für den Einsatz übernommen hatte. Er ist einer der neun von den Standgerichten zum Tode verurteilten und unmittelbar danach hingerichteten Schutzbündler, die trotz internationaler Proteste nicht begnadigt wurden.

Zum Abschluss der Exkursion fand im Sitzungssaal der SPÖ-Zentrale Löwelstraße eine Aussprache mit den Mitgliedern des Bundespräsidiums Ernst Nedwed, Hannes Schwantner,

Herta Slabina, Jonny Moser sowie Waltraud Lizen und Eva Zeman statt. Dabei kamen die unterschiedlichen Bedingungen der Parteiarbeit in den Bundesländern und Wien zur Sprache, ebenso die Gewinnung von jungen Menschen für unsere Idee. Helmut Muigg übergab den Genossen in Wien die Biografie von Maria Kaiser.

Am nächsten Tag hatten die Genossinnen und Genossen die Möglichkeit, bei einer Rundfahrt das „Rote Wien“, vor allem auch den Karl-Marx-Hof, kennenzulernen. ■

Swoboda zu den Roma-Ausweisungen



Foto: Bastegan

Im Zusammenhang mit den von Präsident Sarkozy angeordneten pauschalen Ausweisungen von Roma aus Frankreich ergriffen die Sozialdemokraten im Europäischen Parlament eine Reihe von Initiativen, um den menschenrechtlichen Missstand bei diesen Vorgängen zu beseitigen. Die beiden Vizepräsidenten der Sozialdemokratischen Fraktion, Monika Flašíková-Benová und Hannes Swoboda, beschlossen in einer „Roma-Arbeitsgruppe“, Missionen in die Slowakei und nach Ungarn zu entsenden, um den Status der Roma in diesen Ländern zu untersuchen.

In einer Rede zur Lage der Roma in Europa zeigte sich Hannes Swoboda enttäuscht über die zögerliche Stellungnahme der EU-Kommission zu den Massenausweisungen in Frankreich. Swoboda gab seiner Kritik am 7. September 2010 in Straßburg in einer Rede namens der SP-Fraktion folgenden Ausdruck:

„Herr Präsident, ich bin zutiefst enttäuscht – und meine Fraktion mit mir – wenn ich mir anhöre, was die Kommission heute gesagt hat. Zuerst schon Kommissionspräsident Barroso: Er hat weniger Kritisches über die Aktion gesagt als mancher Minister der französischen Regierung. Das ist skandalös! Frau Reding (die Justizkommissarin), was Sie gesagt haben, ist keine klare Antwort. Ich, und viele Bürgerinnen und Bürger dieses Europa, wollen wissen: Hat die französische Regierung nun gegen das Recht verstoßen oder nicht? Sie können nicht Wochen, nachdem die Maßnahmen erfolgt sind, sagen, wir werden das untersuchen. Sagen Sie Nein oder sagen Sie Ja, aber geben Sie eine klare Antwort! Sie glauben all das, was die Minister aus

Frankreich erklärt haben, nachdem sie sofort gehandelt haben. Sie sind ja nicht vorher zu uns gekommen. Sie haben zuerst die Leute hinausgeschmissen, und dann sagen Sie ihnen, wir sind gerecht und wir werden niemanden diskriminieren. Wenn sich heute eine Kommissarin hinstellt und das sagt, dann finde ich das skandalös. Es ist nicht das, was eigentlich Ihrer Gesinnung und Ihrer bisherigen Amtsführung entspricht. Daher bin ich zutiefst enttäuscht, dass Sie sich, was diese Frage betrifft, so windelweich herauschummeln wollen.

Sie wissen gar nicht, was für eine Verantwortung Sie übernehmen, denn in wenigen Wochen sagt dann das nächste Land – vielleicht Italien, vielleicht Ungarn oder andere Länder – ja, wir werden den Leuten die Staatsbürgerschaft entziehen. Wenn sie dann staatenlos sind, werden sie in irgendwelchen Lagern untergebracht werden. Dieser Boden wird vorbereitet, und die Kommission schweigt dazu. Das finde ich skandalös, das ist für meine Fraktion nicht akzeptabel.“

In den folgenden Tagen gab Swoboda seiner Empörung über die Ausfälle Sarkozys gegenüber Kommissarin Reding Ausdruck, die nun ein Strafverfahren gegen Frankreich wegen Verletzung der EU-Richtlinie zum freien Personenverkehr ankündigte. Sarkozy hatte ihr daraufhin empfohlen, ihr Heimatland Luxemburg könne ja die Roma aufnehmen.

Am 9. September wurde daraufhin im EU-Parlament mit großer Mehrheit eine von der SP-Fraktion verfasste, auch mit den Stimmen der Liberalen und der Grünen angenommene Resolution mit großer Mehrheit angenommen. Es wird darin unmissverständlich klargestellt, dass die Verletzung von EU-Bürgerrechten vom Europäischen Parlament nicht geduldet wird. Swoboda gab seiner Freude über die Annahme der Resolution Ausdruck, merkte aber dazu an: „Einerseits wollen wir die Eigenheiten der reisenden Roma anerkennen und respektieren, andererseits brauchen wir Regeln, die auch von allen zu respektieren sind. Daran werden wir in nächster Zeit arbeiten.“

Aktuelles vom MKÖ – Mauthausen Komitee

Im Rahmen eines Workshops des MKÖ stellte dessen Vorsitzender Genosse Willi Mernyi gemeinsam mit Michael Niedermair ihr kürzlich erschienen Buch mit dem Titel „Demagogen entzaubern“ der breiten Öffentlichkeit am 8. 9. 2010 im Haus des Österreichischen Gewerkschaftsbundes in der Leopoldstadt vor.

Dieses wendet sich an Menschen, die sowohl im Alltag als auch am Arbeitsplatz Zivilcourage zeigen möchten, und er-

mutigen sie dazu. Neben dem Buch gibt es auch eine eigene Workshop-Reihe.

Näheres unter: www.demagogenentzaubern.at

„Europa erbören“

Ist eine Hörbuchreihe von Mercedes Echerer und dem Verleger Lojze Wieser, die die Vielfalt der Kulturen in Europa dem Hörer näherbringt und damit das Fremdsein anderer Kulturen in ein Bekannt- und dadurch Anerkanntwerden umwandelt.

Zweites Dialogforum Mauthausen

Am zweiten Dialogforum des Bundesministeriums für Inneres „Mauthausen Memorial“, das im Juni d. J. stattfand, nahmen für den Bund der Freiheitskämpfer Ernst Nedwed und Hannes Schwantner teil.

Nach der Eröffnung durch Barbara Glück vom B.M.I Mauthausen Memorial standen zwei interessante Vorträge von Volkard Knigge und Robert Jan van Pelt auf dem Programm. Am Nachmittag wurden eini-

ge geführte Rundgänge über zum Teil nicht allgemein zugängliche Bereiche der KZ-Gedenkstätte absolviert. Der Tag klang im Linzer Landhaus mit einer Podiumsdiskussion zum Thema „Rechtsextremismus“ aus.

Der zweite Tag stand im Zeichen der Präsentation der aktuellen Projekte zur Neugestaltung der KZ-Gedenkstätte und des pädagogischen Konzepts. Das Dialogforum wird auch im Jahr 2011 stattfinden.

Vor 65 Jahren in Wien: Erster österreichischer Jugendtag



Foto: Sozialistische Jugend

Vier Monate nach dem Ende des von Hitler provozierten Zweiten Weltkrieges zogen am 16. September 1945 junge Österreicherinnen und Österreicher, die in den neuen demokratischen Jugendorganisationen vereint waren, zum Wiener Rathausplatz. In einer Zeit, in der es noch Hunger und Not in dieser vom Krieg zum Teil zerstörten Stadt gab, trafen einander Jugendliche voller Optimismus und Freude beim ersten österreichischen Jugendtag. Sie kamen aus den Gruppen der „Sozialistischen Jugend“, aus der von den Kommunisten gegründeten „Freien Österreichischen Jugend“ und aus der kleine Gruppe der „Österreichischen Jugendbewegung“ (ÖVP) sowie aus der wieder gegründeten Pfadfinderbewegung auf einem Platz zusammen, der umgeben war vom zerstörten Burgtheater, vom teilbeschädigten Rathaus und zum Teil zerstörten Parlament. Als größte Gruppe marschierte die Sozialistische Jugend auf, die mit

ihren roten Fahnen und den drei Pfeilen und mit den bekannten Liedern das Spalier der Wienerinnen und Wiener begeisterte.

Nach der Begrüßung durch den Vorsitzenden der Sozialistischen Jugend, Peter Strasser, sprach Bürgermeister Theodor Körner von der Tribüne auf dem Rathausplatz, auf dem auch die neuen Mandatäre der Stadt und Vertreter der Alliierten Aufstellung genommen hatten, zur Jugend. Er sagte unter anderem:

„Nach dem Ersten Weltkrieg zogen die Arbeiter in das Wiener Rathaus ein und sie hatten vor, die Stadt so zu gestalten, wie sie es sich immer vorgestellt hatten. Es kam die Zeit der schönen großen Wohnbauten, der Kinderheime, der Sportplätze, also des Roten Wien. Dann kam eine traurige Zeit, die Zeit des Faschismus und eine bittere Zeit des Krieges mit all seinen Schrecken. Vergesst diese Zeit nie. Die Großmächte, Russen, Franzosen, Engländer und

Amerikaner haben uns von der faschistischen Gewaltherrschaft befreit. Wir, die wieder ins Rathaus eingezogen sind, versuchen die erste Arbeit zu machen, alles in Ordnung zu bringen, dass ihr euch wohlfühlt in eurer Stadt. Ich rufe euch zu: Ihr habt jetzt die Aufgabe zu lernen, damit ihr alles besser macht. Ihr müsst euch vornehmen, dass ihr selbst einmal ins Rathaus einziehen werdet, ihr müsst euch auch vornehmen, tüchtige Leute zu werden, um gegen eine Welt der Zerstörung zu kämpfen. Das ist eure Aufgabe.“

Peter Strasser schrieb in einem Leitartikel in der Arbeiter-Zeitung vom 18. September über diesen Jugendtag: „Die Kundgebung der Jugend zeigte, dass das ‚Rote Wien‘ rot geblieben ist. In Zahl, Haltung, Schwung und Disziplin lieferte unsere SJ den Beweis, dass auch eine überparteiliche Kundgebung auf Wiener Boden immer das Gepräge der wirklichen Gesinnung Wiens erhalten wird. Wir wollen die Jugend ge-

winnen. Wir wissen genau, dass nur ein Mittel sie aus dem Sumpf des Faschismus ziehen wird: die Macht einer Idee, die die ganze jugendliche Begeisterungsfähigkeit auslöst. Wir geben der Jugend diese Idee, daher wird die Jugend unser sein.“

Ernst Nedwed, der an diesem ersten Jugendtag selbst als Sechzehnjähriger teilgenommen hat, sagt dazu heute: „Dieser Jugendtag war für alle, die damals teilgenommen haben, ein unvergessliches Erlebnis. Von da an formierte sich die SJ zur stärksten Jugendorganisation im damaligen neuen Österreich. Die Haltung von Peter Strasser, den Eintritt in die von den Kommunisten gegründete Freie Österreichische Jugend abzulehnen, hatte sich ideologisch und organisatorisch bewährt. Spätestens bei der Nationalrats- und Gemeinderatswahl im November 1945 hat sich die Ablehnung der österreichischen Bevölkerung für die Kommunisten klar herausgestellt. Die SJ wurde, ausgehend von diesem Jugendtag auch eine der stärksten grundsatztreuen und antifaschistischen Kräfte innerhalb und außerhalb der SPÖ. Das geistige Rüstzeug dafür gaben den jungen Leuten damals Karl Czernetz, Josef Hindels, Peter Strasser und Josef Staribacher. Damit war auch die Nachwuchsfrage in vielen Teilen der Partei gelöst, denn aus der Sozialistischen Jugend kamen immer wieder in der Praxis und in der politischen Theorie geschulte JungsozialistInnen, die in den ersten Jahren der Zweiten Republik, aber auch später von großer Bedeutung für die sozialdemokratische Bewegung waren.“

E.N.

Landeskonzferenz in Oberösterreich



Foto: PK

Am Samstag, dem 11. September 2010, fand die Jahreskonferenz des Landesverbandes Oberösterreich im traditionsreichen Parteihaus „Hotel Schiff“ statt. An der Konferenz nahmen 84 Genossen und Genossinnen teil, darunter eine Reihe von Gästen, die zum Teil weit angereist waren.

Von der Landespartei konnten Landesparteivorsitzender, Landeshauptmann-Stv. Josef Ackerl als Hauptreferent sowie Landesparteigeschäftsführer Roland Schwandner und Nationalratsabgeordneter Franz Kirchgatterer begrüßt werden. Ihnen dankte Weidner für die große Unterstützung der SPÖ Oberösterreich. Vom Bundesvorstand der Freiheitskämpfer wurden der Bundesvorsitzende Ernst Nedwed und Vorstandsmitglied Rudolf Gelbard begrüßt. Von den Freiheitskämpfern aus Schwchat kamen Manuela und Alfred Zach. Namens des KZ-Verbandes nahmen Friedl Krenn und Albert Dlabaja teil. Als Gastreferentin wurde die Kampfgefährtin von Rosa Jochmann, Käthe Sasso, mit großem Applaus willkommen geheißen. Weitere Gäste waren: Andreas Maislinger (Innsbruck) Sigrid Exenberger, Inge Gelbard, Evelyn Steinthaler (Wien), Jörg Reitmaier (Rottenmann), Regine und Ludwig Einicke (Ballenstedt), Cornelia Domaschke (Berlin) und Fritz Klicka (Bad Aussee).

Landesvorsitzender Peter Weidner gedachte der in der Arbeitsperiode 2007 bis 2010 verstorbenen Genossen und Genossinnen, darunter einiger aktiver Kämpfer gegen den Faschismus. Insbesondere nannte er den steirischen Freiheitskämpfer Fritz Inkret (dessen Buch von Walter Kohl „Nacht, die nicht enden will“ vom oberösterreichischen Landesverband gemeinsam mit dem steirischen Landesverband initiiert wurde) sowie Alfred Aichinger, Franz Altenberger, Theresia Breinesberger, Maria Doring, Gerlinde Gierlinger, Rosa Helm, Georg Jungwirth, Aloisia Lackinger, Hermann Leithenmayr, Max Lotteraner, Franziska Seibert, Roman Straßmair und Liselotte Zeller. Nach den Brecht-Worten: „Die Schwachen kämpfen nicht/ Die Stärkeren kämpfen vielleicht eine Stunde lang/ Die noch stärker sind, kämpfen viele Jahre/ Aber die Stärksten kämpfen ihr Leben lang/ Diese sind unentbehrlich“ sang zur Gitarre Christian Buchinger das Lied „Die Moorsoldaten“.

In seiner Begrüßungsrede ging Ackerl auf die Wirtschaftskrise, die dem Austro- und Nazifaschismus erst auf die Sprünge half, ein: „Österreich und Europa befinden sich in der größten Krise seit den Dreißigerjahren. Massenarbeitslosigkeit, Verarmung und politische Radikalisierung

wurden heute bislang nur durch den Einsatz von enormen Summen an Steuergeldern verhindert. Diese Krise haben Banken und Spekulanten verursacht. Ungeregelte Finanzmärkte haben eine Casino-Mentalität zugelassen. Die Wirtschaft wurde wie vor mehr als achtzig Jahren von wenigen für ihre egoistischen Interessen missbraucht, statt den Bedürfnissen der Menschen zu dienen.“

Nedwed und Weidner ehrten Joschi Ackerl anschließend mit der höchsten Auszeichnung der Freiheitskämpfer, der Otto-Bauer-Plakette, und die Genossinnen und Genossen Anna Maria Praschl, Irgard Schmidleithner, Christian Buchinger, Helmut Edelmayr und Christian Schörkhuber mit dem Goldenen FreiheitskämpferInnen-Abzeichen.

Ackerl, Nedwed und Weidner gratulierten Poldi Feichtinger und Anna Maria Praschl zum bevorstehenden 90. Geburtstag und bedankten sich bei beiden Genossinnen sehr für ihr jahrelanges Engagement. Unter der Moderation von Dagmar Andree, die durch die Landeskonzferenz führte, gab es auch eine hervorragende PowerPoint-Präsentation über die vergangene Arbeitsperiode.

Bundesvorsitzender Ernst Nedwed überbrachte die Grüße des Bundesvorstandes und wies auf die bedeutenden Erfolge des Landesverbandes in den letzten drei Jahren hin, besonders sind die politischen Aktivitäten und der organisatorische Aufbau hervorzuheben. Der Bund Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer steht in einer Zeit neuer Gefahren von rechts vor großen Herausforderungen. Für die aktive Unterstützung der Arbeit dankte Ernst Nedwed insbesondere dem Landesvorsitzenden Peter Weidner und seinen MitkämpferInnen.

Bei der nachfolgenden Wahl wurden folgende Genossen und Genossinnen einstimmig gewählt: Peter Weidner (Vorsitzender), StellvertreterInnen: Margarete Benedics, Mag. Beate Gotthartsleitner, Helmut Gotthartsleitner, Mag. Thomas Höpfl, Dieter Strobel und Elysa Waltner. BeisitzerInnen: Christian Buchinger, Helga Buchinger, Günter Decker, Dr. Herbert Edlinger, Helmut Edelmayr, Dr. Robert Eiter, Martina Jungert, Helene Kaltenböck, Florian Koppler, Albert Langanke, Michael Lindner, Mag. Verena Mayrhofer, Margit Obermayr, Samuel Puttinger, Dr. Wolfgang Quatember, Dominik Samassa, Sabine Schatz, Ernst Schönberger, Christian Schörkhuber, Karl Sturm. Rechnungsprüfer: Gusti Affenzeller, Fritz Danko und Dr. Siegmund Lengauer. Ehrenvorsitzende auf Lebzeiten: Leopoldine Feichtinger, Ulrike Pühringer und Walter Prieschl. Als wissenschaftliche MitarbeiterInnen wirken Hilde Faber, Prof. Dr. Helmut Fiederer, Hannes Mittermair und Mag. Sabine Strobel mit.

Nach der Wahl war der Höhepunkt der Landeskonzferenz der Vortrag von Käthe Sasso: „... Mit sechzehneinhalb Jahren kam ich ins Landesgericht I. ... 90 Prozent meiner Mitangeklagten wurden hingerichtet. ...“ Käthe erzählte vor allem auch von ihren ersten Begegnungen mit unseren unvergesslichen Genossinnen „Rosl“ Rosa Jochmann und Erna Musik im Konzentrationslager Ravensbrück zwei berührende und noch nie vorgetragene Geschichten. Zum Abschluss sagte Käthe Sasso: „Das Wort Solidarität ist heute von Ackerl schon einmal gesagt worden. Ohne Solidarität hätte es in Ravensbrück kein Überleben gegeben.“ Ein sehr berührender Vortrag, über den dank der Hilfe der Genossen Ackerl und Schwandner ein Film gedreht wurde. ■

Die Kindheit gestohlen – das Leben gemeistert!



Foto: FK

Alfred Grasel

Am 3. Oktober findet im Jugend-KZ Moringen/Sachsen wieder ein Treffen der ehemaligen Insassen statt. Das ist für den Donaustädter Sozialdemokraten Alfred Grasel (84) ein sehr wichtiger Termin, den er seit langem vorgemerkt hat.

Alfred Grasel ist ein Opfer des Faschismus. Er gehört zu dem heute nur mehr sehr kleinen Kreis jener Menschen, die „niemals vergessen“ können, was sie und ihre Angehörigen in der Vernichtungsmaschinerie der Hitlerdiktatur erleiden mussten. Diese Botschaft wollen sie den nachfolgenden Generationen vermitteln, solange es möglich ist.

„Vater Jude“

Viel Licht erblickte der Neugeborene Alfred Grasel nicht, als er am 21. Juni 1926 „das Licht der Welt erblickte“. Seine ledige Mutter geriet durch die „Schande“, die sie über ihre Eltern brachte, in große Schwierigkeiten und gab den Säugling

unverzüglich bei der Kinderübernahmestelle der Gemeinde Wien ab. Es gab keinen Erzeuger, der sich zu dem Kind bekannte. „Vater Jude“ lautete die amtliche Eintragung, die ihn später viele Jahre seiner Kindheit und Jugend kostete.

Bis zu seinem 6. Lebensjahr wechselte der Kleine sieben Mal seine Heimadresse: Er lebte kurzfristig bei drei Pflegefamilien, dazwischen landete er immer wieder bei der Kinderübernahmestelle. Mit der vierten Pflegefamilie hatte Alfred endlich Glück. Das kinderlose Ehepaar Tuma adoptierte den Buben zwar nicht, aber sie nahmen den Pflegesohn in die Familie auf. Alfred hatte das erste Mal in seinem Leben einen „Vater“ und eine „Mama“, die sich um ihn kümmerten. Er führte das Leben eines normalen Schulkindes.

Das Glück dauerte sechs Jahre. Als Adolf Hitler im März 1938 in Wien einzog, war es vorbei. Die Pflegemutter war eine begeisterte Nationalsozialistin. Unter dem Druck der sofort einsetzenden Judenhetze und Judenverfolgung entledigte sie sich unverzüglich des „Halbjuden“ in der Familie. Sie brachte ihn in die Kinderübernahmestelle, wies ihn an, dort auf sie zu warten – und verschwand.

Schikanen, Hunger, Terror
Nun überrollte die Hitlerdiktatur den verstörten Zwölfjährigen. Nach den Stationen Kinderheim, Waisenheim und einer früh abgebrochenen Lehre landete er schließlich in der überfüllten NS-„Jugendfürsorgeanstalt“ am Spiegelgrund, wo auch Euthanasieärzte tätig waren. Dort herrschten unmenschliche

Schikanen, Alfred Grasel unternahm zwei Ausbruchversuche. Nach dem zweiten versappte ihm der berühmte SS-Arzt Dr. Heinrich Gross eine mörderisch starke Injektion mit den Worten: „Du wirst nicht mehr weglafen!“

Dazu hatte der Bursch auch keine Gelegenheit. Im September 1942 landete er im Wiener Polizeigefängnis, man transportierte ihn ins Jugend-Konzentrationslager Moringen in Sachsen. Dort erwarteten ihn Schikanen, Hunger, Terror und Demütigungen. Während der drei Jahre, die Grasel im Jugend-KZ verbrachte, starben von tausend Häftlingen 200.

Als die Amerikaner im Mai 1945 die Tore des Jugend-Konzentrationslagers für die dort inhaftierten jungen Burschen öffneten, lag Alfred Grasel noch nach einem schweren Arbeitsunfall mit einem schwer verletzten Bein und gebrochenen Becken im Lager-Lazarett und konnte sich nicht rühren. Vier Wochen später war es so weit. Er fuhr „heim“ nach Wien. Aber: Was erwartete ihn dort? Er hatte keine familiären Bindungen, keinen Freundes- oder Bekanntenkreis. Er hatte keinen Schulabschluss und keine wie immer geartete Berufsausbildung. Niemand und nichts erwarteten ihn.

Positive Lebensphilosophie
Alfred Grasel hat sich schon als knapp Sechzehnjähriger nach der trostlosen, beängstigenden „Jugendfürsorgeanstalt“ am Spiegelgrund eine Überlebensstrategie zurechtgelegt, die er auch im Jugend-Konzentrationslager anwendete: Zurückziehung auf die eigene Persönlichkeit. Konzentration

und Eigenverantwortlichkeit, Vermeidung von Schwierigkeiten, Anpassung an die Regeln und Gesetze „von oben“.

Seine Lebensphilosophie war schon damals positiv: „Wenn ich hungrig war oder wenn ich wegen nichtiger Kleinigkeiten 15 Stockhiebe auf den nackten Hintern bekam und mich dafür noch bedanken musste, dachte ich immer: Es kann nur noch besser werden!“

Mit dieser Lebensphilosophie kam der Bein-Invaliden Alfred Grasel nach Wien. Und es wurde wirklich immer besser – auch in der schweren Nachkriegszeit. Nach kurzer Zeit hatte er Arbeit. Er heiratete, richtete eine Wohnung ein und gründete eine Familie. Er erweiterte ständig sein Wissen, informierte sich über das Weltgeschehen, interessierte sich für Politik. Gleich im Jahr seiner Heimkehr trat er der SPÖ bei, die ihn bereits 2005 mit einer Urkunde zur 60-jährigen Mitgliedschaft ehrte. Für seine Tätigkeit als Zeitzeuge wurde er mit dem Goldenen Verdienstzeichen der Stadt Wien ausgezeichnet. Als Pate der Kindernothilfe setzte er sich für benachteiligte Menschen ein.

Der Zeitzeuge Alfred Grasel ist mit seinen 84 Jahren ein lebensbejahender, aktiver und fröhlicher Mensch. Das Hitlerregime hat seine Kindheit und Jugend zerstört, seine Persönlichkeit aber nicht – die war stärker. Er hat das Leben großartig gemeistert. Die Donaustädter Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus sind stolz auf ihren Zeitzeugen Alfred Grasel.

Lilo Hansen-Schmidt

Neonazischutz für FPÖ?

Das Nachrichtenmagazin profil berichtet in seiner aktuellen Ausgabe (Nr. 36) von einem Vorfall, der den Verdacht der Grenzverwischung zwischen FPÖ und Neonaziszene weiter erhärtet: An einer FPÖ-Wahlveranstaltung in Wien-Stammersdorf nahm – unter Gleichgesinnten – der amtsbekannte Wiener Neonazi Gregor T. teil. Mehr noch: T. trug ein FPÖ-T-Shirt und war offensichtlich mit Sicherungsaufgaben für die Freiheitlichen beschäftigt (<http://www.profil.at/articles/1035/560/276929/amtsbekannte-neonazis-ordner-fp-veranstaltungen>).

Bei T. handelt es sich um einen der Mitbegründer (1998)

der österreichischen Division des Neonazi-Skinhead-Untergrundnetzwerks Blood & Honour. T. ist international bestens vernetzt, das Postfach der Division befand sich in Ungarn. Nach deren Zerschlagung zumindest in Wien und Umgebung näherte sich der Skinhead der Arbeitsgemeinschaft für demokratische Politik (AFP) an, wo er bald Jugendagenden wahrnahm. T. ist zur Führungsriege der ostösterreichischen Neonaziszene rund um Gottfried Küssel zu zählen, was auch daran zu erkennen ist, dass er (neben Felix Budin) das Leittransparent beim Nowotny-Gedenkmarsch 2004 ([\[te/rechts/chronik/2004_11/nowotny.html\]\(http://www.doew.at/projekte/rechts/chronik/2004_11/nowotny.html\)\) getragen hat. Dazu bekannt hat sich damals ein Jugendkreis Hagen, neben dem Bund freier Jugend \(Bfj\) eine \(neonazistische\) Nachwuchsorganisation der Arbeitsgemeinschaft für demokratische Politik \(AFP\). Bei der AFP in Wien 16 war T. 2004 und 2005 als Referent angekündigt, daneben nutzte er deren „Dr.-Fritz-Stüber-Heim“ als eine Art Clublokal für \(jugendliche\) Neonazis.](http://www.doew.at/projek-</p>
</div>
<div data-bbox=)

Zumindest 2006 nahm T. auch an der „Politischen Akademie“ der AFP teil. (2008 referierte der Wiener FPÖ-Landesparteiensekretär Hans-Jörg Jenewein bei der AFP-„Akademie“,

vergangenes Jahr FPÖ-LAbg. Johann Gudenus – und das, obwohl mittlerweile auch das Innenministerium der AFP eine „ausgeprägte Affinität zum Nationalsozialismus“ attestiert.)

Gemeinsam mit Küssel, Budin und rund 30 weiteren Neonazis aus dem gesamten Bundesgebiet fand sich T. auch unter den Teilnehmern beim „Heldengedenken“ Anfang Mai 2007 in Retz. Damals sprach Ex-SS-Mann Herbert Schweiger, Chefideologe und Idol der Neonazis. Schließlich war der militante Rapid-Hooligan T. im Juni 2007 führend an den Ausschreitungen in Kapfenberg beteiligt (<http://steiermark.orf.at/stories/211503/>). ■

„Ritter“ Strache gegen Moslems

Die steirische FPÖ erregte mit dem sogenannten „Minarettspiel“, bei dem Minarette „zum Spaß“ zugleich mit den Muezzins abgeschossen werden können, berechnete Empörung und beschäftigte auch die Staatsanwaltschaft. Die Wiener FPÖ wollte dem offenbar nicht nachstehen. In der Zeitung „Standard“ merkte Hans Rauscher dazu an:

„Die Wiener FPÖ versandte im Wahlkampf an alle Haushalte einen Folder mit einem Strache-Comic. Das zeigte unter anderem einen türkischen Reiter, der ein Baby auf seine Lanze gespießt hat. In der FPÖ muss es doch gebildete Menschen geben, denn das ist aus einem Flugblatt aus

der Zeit der Türkenbelagerung. Zusätzlich fordert eine Strache-Figur einen Buben mit einer Steinschleuder auf: ‚Wennst dem Mustafa ane aufbrennst, kriegst a Hasse spendiert!‘ Wer jemals als Bub eine Steinschleuder hatte, weiß, dass man damit auch Augen ausschließen kann. Bei dieser Gewaltaufforderung wird Strache als Ritter dargestellt, der ein Schwert schwingt. So wie eine noch üblere Karikatur im Nazi-Hetzblatt ‚Der Stürmer‘ von 1935, wo so ein teutscher Ritter in ganz ähnlicher Aufmachung die Juden mit dem Schwert bedroht. Womit diesmal die Verbindung von antimuslimisch und antisemitisch über die Ästhetik-Schiene gelungen ist.“ ■

FPÖ-Geschichtsbild zur Waffen-SS

Im Zuge des Wahlkampfes in der Steiermark machte der steirische FPÖ-Obmann und Spitzenkandidat Gerhard Kurzmann eine Aussage, die bezeichnend ist für das Geschichtsbild, das in dieser Partei herrscht. Kurzmann: „Die Waffen-SS war nicht in ihrer Gesamtheit verbrecherisch.“ Er könne die Einstufung der Waffen-SS als verbrecherische Organisation, wie sie vom Internationalen Militärgerichtshof in Nürnberg 1946 vorgenommen wurde, nicht nachvollziehen.

„Das war sicher nicht in ihrer Gesamtheit eine verbrecherische Organisation.“ Viele ihrer Mitglieder seien als „ganz normale Soldaten“ dem Feldkommando unter-

stellt gewesen und nicht in der NS-Vernichtungsmaschinerie. Dazu, dass auch in der Wehrmacht Verbrechen begangen wurden, meinte Kurzmann, Verbrechen hätten im Krieg alle Truppen begangen, auch die Rote Armee.

Schon vor einiger Zeit hatte Kurzmann, der als weit rechts stehend gilt und von Strache als steirischer FPÖ-Spitzenkandidat ausgewählt wurde, über die SS-Kameradschaft IV gesagt: „Sie haben in einer sehr schwierigen Zeit ihre Pflicht erfüllt und es nicht verdient, ständig angeschüttet und vernadert zu werden.“

Gegen Gerhard Kurzmann laufen im Übrigen Erhebungen wegen seines üblen Minarettspiels. ■

Die Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer trauern um Leopold Grausam



Foto: FK

Durch das Ableben von Leopold Grausam verlieren die Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer einen treuen Begleiter ihrer antifaschistischen Aufklärungsarbeit und Erinnerungskultur. Er war der Schöpfer vieler Denkmäler und Gedenktafeln, die zu Ehren der Opfer des Austro- und des Nazi-faschismus errichtet wurden, Er hat dabei Großartiges geleistet,

und die Steine sind auch eine bleibende Erinnerung an die Opfer des Faschismus“, sagte der Bundesvorsitzende der Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus, Abg. z. NR a. D. Ing. Ernst Nedwed, zum Ableben des bildenden Künstlers, Steinmetzmeisters und engagierten Antifaschisten.

Leopold Grausam, der aus einer Künstlerfamilie stammte und dessen Vater unter den austrofaschistischen Verfolgungen im Zuge der Februarkämpfe 1934 zu leiden hatte, ist am 16. August 2010 verstorben. Der österreichische Bildhauer war langjähriger Leiter der städtischen Steinmetzwerkstätte der Stadt Wien.

Er war mit den Sozialdemokratischen Freiheitskämpfern eng verbunden, in seinen zahlreichen Arbeiten findet sich sein Kampf gegen den Faschismus in

ausdrucksvoller Weise wieder. So gestaltete er nicht nur in Wien, sondern auch in Linz eindrucksvolle Mahnmale. Diese enge Beziehung zeigt sich in seinen Arbeiten, z. B. beim „Denkmal für die Opfer des NS-Gewaltregimes“ auf dem Morzinplatz (1985) und bei den Grabsteinen für Rosa Jochmann (1994) und Josef Hindels (1990) sowie bei den Denkmälern für die Februarkämpfer (1984) und Spanienkämpfer (1988) im Ehrenhain des Wiener Zentralfriedhofes. In der Gruppe 40, wo die im Landesgericht und in der Schießstätte Kagran hingerichteten Widerstandskämpfer und Widerstandskämpferinnen beigesetzt sind, schuf er das eindrucksvolle Mahnmal im Auftrag der Arbeitsgemeinschaft der Opfervereine (2005). Auf diesem Areal wurde schon 2002 die Gedenkstätte für die ermordeten Kinder vom Spiegelgrund von ihm gestaltet.

„Der Stein ist kein totes Material, sondern eine lebendige Kraft, die wie Menschen und Orte eine unverwechselbare Ausstrahlung haben“, erklärte er 2002 in einem Gespräch.

Er pflegte eine enge Zusammenarbeit mit Rosa Jochmann, Josef Hindels und Herbert Exenberger vom Bund Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus, für sein antifaschistisches Engagement erhielt er 2006 die Otto-Bauer-Plakette.

Bei der Trauerfeier in der Feuerhalle der Stadt Wien sagte Vorsitzender Ernst Nedwed bei seiner Gedenkrede, dass die Mitglieder des Bundes der Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer und darüber hinaus viele Antifaschisten das Lebenswerk von Leopold Grausam in treuer Erinnerung behalten werden. ■

Gemeindebau nach Käthe Jonas benannt

Am 24. August wurde die städtische Wohnhausanlage in der Waidhausenstraße 28 nach der ehemaligen Gemeinderätin Käthe Jonas benannt. Die offizielle Namensgebung nahmen Vizebürgermeister Wohnbaustadtrat Dr. Michael Ludwig und Bezirksvorsteherin Andrea Kalchbrenner vor.

Mit der Benennung der Wohnhausanlage in Käthe-Jonas-Hof ehrt die Stadt Wien eine herausragende Frau aus Penzing. „Käthe Jonas hat sich zeit ihres Lebens unermüdlich und beherzt für die Rechte der Arbeiterinnen und Arbeiter und für eine Verbesserung der Lebenssi-

tuation von Frauen eingesetzt“, sagte Vizebürgermeister Michael Ludwig.

Bezirksvorsteherin Andrea Kalchbrenner stellte bei der Benennungsfeier fest: „Es freut mich sehr, dass mit der Benennung des Gemeindebaus nach Käthe Jonas, die vor allem für mich als Frau auch ein Vorbild ist, ein besonderes Zeichen des Gedenkens gesetzt wird.“

Der Bezirksvorsitzende der SPÖ Penzing, Staatssekretär Mag. Andreas Schieder, erklärte: „Ich freue mich besonders, dass mit der Namensgebung eine der großen Frauenpolitikerinnen der ersten Stunden der Zweiten Republik geehrt wird.“

Käthe Jonas wurde am 16. November 1904 in Wartberg in Oberösterreich geboren. Mit 21 Jahren zog sie nach Wien. Ab 1940 war sie bei den Wiener Radiowerken beschäftigt. In der NS-Zeit wurde Jonas 1943 zu vier Monaten Gefängnis verurteilt. Nach 1945 war sie in der Bezirksorganisation Penzing und als stellvertretende Leiterin der Wiener SPÖ-Frauen tätig. Von 1946 bis 1954 war sie Bezirksrätin in Penzing. Danach vertrat Käthe Jonas ihren Bezirk im Wiener Gemeinderat. Käthe Jonas starb am 12. Februar 1999.

In den 70er und 80er Jahren war Käthe Jonas auch Vorsitzende der Sozialistischen Freiheits-

kämpfer in Penzing. An der Benennungsfeier nahm der Wiener Vorsitzende der Freiheitskämpfer, Hannes Schwantner, teil. ■



Vizebürgermeister Michael Ludwig, Bezirksvorsteherin Andrea Kalchbrenner und Staatssekretär Andreas Schieder bei der Namensgebung

Drei für uns wichtige Berichte erschienen

Im Sommer dieses Jahres sind drei Berichte erschienen, die für die Opfer sowie für die Opferorganisationen von großer Bedeutung sind. Zunächst liegt ein Bericht über die ersten 15 Jahre des Nationalfonds vor, der in einer hervorragend übersichtlich und grafisch gelungenen Darstellung informiert, was der Nationalfonds seit seiner Beschlussfassung am 1. Juni 1995 geleistet hat. Da mit diesem Fonds alle Opfergruppen, auch jene Menschen, die von den Nazis vertrieben wurden, betreut werden, musste eine neue Organisationsform, ein Kuratorium, das direkt dem parlamentarischen Bereich zugeordnet ist, geschaffen werden.

Dem Bericht angeschlossen ist ein Buch über Lebensgeschichten von Opfern des Nationalsozialismus, das exemplarisch aufzeigt, was mit den von den Nazis Vertriebenen und jenen, die direkt in die

Fänge des NS-Regimes geraten sind, geschehen ist. Dabei sind hauptsächlich Personen aus dem Bereich der jüdischen Opfer, der Roma und Sinti und der Kärntner Slowenen berücksichtigt. Wenig wurde der politische und der Arbeiterwiderstand dargestellt – eine Chance für künftige Berichte.

Den Mitarbeitern des Nationalfonds kann nicht nur für ihre langjährige Aufbauarbeit gedankt werden, sondern auch für die Gestaltung dieses Berichts, der mit Vorworten des Bundespräsidenten Dr. Heinz Fischer, der Nationalratspräsidentin Mag. Barbara Prammer und Generalsekretärin Mag. Hannah Lessing eingeleitet wurde.

Ein Geschäftsbericht über die Tätigkeit des Nationalfonds und über den allgemeinen Entschädigungsfonds aus den Jahren 2008 und 2009 spiegelt die aktuelle Tätigkeit des Fonds wider

und bringt auch eine Reihe von wichtigen Daten. Das Vorwort haben die Nationalratspräsidentin Mag. Barbara Prammer und die Generalsekretärin Mag. Hannah Lessing verfasst.

Ein weiterer Bericht über das Jahr 2009 erschien von „Mauthausen Memorial“, der Organisation des Innenministeriums für die KZ-Gedenkstätte Mauthausen.

Im Bericht wird auf die Forschungsarbeit für die Neugestaltung der Gedenkstätten, über archäologische Untersuchungen in der Gedenkstätte und über das Außenlager St. Valentin informiert. Es wird auch auf die Bau- und Erhaltungsarbeiten in der KZ-Gedenkstätte und auf die Gedenkfeiern anlässlich der Erinnerung an die Befreiung des KZ Mauthausen eingegangen. Auch die Entwicklungen in einigen Außenlagern werden behandelt. Interessant sind die

Besucherstatistiken und die Evaluierung der Besucherpräsenz.

Ein Geleitwort der Innenministerin Dr. Maria Fekter und der Leiterin der Abteilung IV/7, DDr. Barbara Schätz, stehen am Anfang des Berichts.

Diese Berichte sind für speziell Interessierte anzufordern bei:

Nationalfonds der Republik Österreich für die Opfer des Nationalsozialismus
Allgemeiner Entschädigungsfonds für die Opfer des Nationalsozialismus
E-Mail: sekretariat@nationalfonds.org

Bundesministerium für Inneres: Abteilung IV/7 (Gedenkstätten und Kriegsgräberfürsorge)
Leiterin: DDr. Barbara Glück
KZ-Gedenkstätte Mauthausen Memorial:
E-Mail: BMI-IV-7@bmi.gv.at ■

Steinbach provoziert

Die Vorsitzende des „Bundes der Vertriebenen“ in Deutschland, die CDU-Abgeordnete Erika Steinbach, hat durch eine Erklärung den Überfall Hitlers auf Polen vom 1. September 1939 relativiert, indem sie hervorgehoben hat, dass Polen bereits im März 1939 eine Mobilisierung seines der Hitler Wehrmacht weitaus unterlegenen Heeres angeordnet hat. (Dabei hat Polen vor allem auf die Besetzung und endgültige Zerschlagung des Nachbarstaates Tschechoslowakei vom März 1939 reagiert. Dies war eine rein defensive Maßnahme, die fernab von einem militärischen Angriff gelegen ist.)

Erika Steinbach, die als CDU-Abgeordnete dem Parteivorstand angehört, war nicht bereit, diese

Erklärung zurückzunehmen, was besonders in Polen, in ganz Europa, aber auch im CDU-Vorstand zu negativen Reaktionen führte. Sie hat darauf ihre Funktion im CDU-Vorstand zurückgelegt. Zu guter Letzt beleidigte sie noch den ehemaligen polnischen Außenminister, Widerstandskämpfer und Auschwitz-Überlebenden Prof. Bartoszewski, mit der Aussage: „Er hat einen schlechten Charakter“.

Diese Beleidigung hat Erika Steinbach durch eine Entschuldigung wieder zurückgenommen. Schon vor diesen Vorfällen hatte Erika Steinbach ihren Sitz im Stiftungsrat der Stiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ wegen anhaltender Angriffe auf ihre politische Haltung zurücklegen müssen. ■

Frauen gegen Rechts

Die Arbeitsgemeinschaft „Frauen gegen Rechts“ wurde im vergangenen Jahr von der Präsidentin des Nationalrats, Mag. Barbara Prammer, ins Leben gerufen. Deutlich von NS-Gedankengut und Fremdenhass geprägte Politiparolen eines H.C. Strache und seiner Kommilitonen beeinflussen besonders unsere Jugend aus allen Schichten und haben verderblichen Einfluss auf deren Einstellung zu Politik und Gesellschaft, insbesondere was die Rolle der Frau anbelangt, die durch sexistische Aussagen herabgewürdigt wird.

Um diesen demokratie- und frauenfeindlichen Umtrieben der Rechten, die obendrein antisemitische und xenophobe

Aussagen tätigen, einen effizienten Widerstand zu leisten, treffen sich nunmehr unter dem Vorsitz der Abg. z. NR Petra Bayr engagierte Sozialdemokratinnen zu Arbeitsbesprechungen, in denen über ein gemeinsames Vorgehen gegen rechtsextremistische Aktionen jedweder Art beraten und beschlossen wird.

In der letzten Sitzung hielt ein Mitarbeiter des DÖW (des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes) einen umfassenden Vortrag zu den politischen Zusammenhängen der rechtsradikalen Gruppierungen um H.C. Strache, der selbst Mitglied der Burschenschaft „Olympia“, Gedankengut der NS-Zeit in diesen Reihen aufleben lässt. ■

Die NS-Opfer in Kärnten –

Unter dem Titel „Das Buch der Namen“ (Kitab Verlag, Klagenfurt 2010) ist jüngst ein umfangreiches Werk erschienen, das die Geschichte des Widerstands gegen die Naziherrschaft in Kärnten darstellt und die Schicksale der tausenden Kärntner Opfer jener Zeit in langjähriger Forschungsarbeit detailliert aufgelistet hat. Der Herausgeber dieses wichtigen Buches, Peter Gstettner (zusammen mit Wilhelm Baum, Hans Haider, Vinzenz Jobst und Peter Pirker), betont im Vorwort, dass dieses Buch ganz bewusst der Betonung der Einzelschicksale Vorrang gibt und diese auf vielen Seiten darstellt. Das Erzählen von Einzelschicksalen sei, neben dem historischen Verstehen von Zusammenhängen, deshalb so wichtig, weil es das Mitgefühl und die Identifikation mit dem einzelnen Opfer wecken und bewahren könne und so das „Niemand vergessen“ lebendig halte.

Die Gedenkstätte Klagenfurt-Annabichl erweist sich als „Temporäres Mahnmahl der 1000 Namen“ in der Weise, so Vinzenz Jobst, dass dort sämtliche Opfergruppen aufscheinen: politisch Verfolgte aus verschiedenen Lagern, aus religiösen Gründen Verfolgte, rassistisch Verfolgte, Wehrdienstverweigerer, Zwangsarbeiter, Opfer der Slowenenverfolgung und des Partisanenwiderstands, Opfer der NS-„Euthanasie“ und auch Opfer des von den Nazis durch den Putsch im Juli 1934 ausgelösten Bürgerkriegs.

Das Verhältnis zwischen Österreich und Jugoslawien war auch nach der Volksabstimmung von 1920 gespannt geblieben. Die deutschnationale Orientierung des ersten sozialdemokratischen Landeshauptmanns Florian Gröger enttäuschte die Kärntner Slowenen, die ja zum großen Teil für den Verbleib bei

Österreich optiert hatten. Eine angepeilte slowenische Kulturautonomie kam nicht zustande. Mit dem „Anschluss“ 1938 war davon überhaupt keine Rede mehr. Einzelne Kärntner Slowenen nutzten die im Bereich Zell-Pfarre und Eisenkappel bislang begangenen Saumpfade nach Jugoslawien, um sich dem Dienst in der deutschen Wehrmacht zu entziehen. Der NS-Machtapparat war um Unterdrückung jeder Opposition, insbesondere im kommunistischen Untergrund, bemüht, und als die deutsche Wehrmacht im April 1941 in Jugoslawien einmarschierte und danach das Mießtal und Oberkrain dem Kärntner Gauleiter unterstellte, verschärfte sich der Druck, aber auch der Widerstand gegen die NS-Herrschaft. Das traf zunächst vor allem Einwohner von Zell-Pfarre, Ebriach und Vellach bei Eisenkappel. In autochthonen „Grünen Kadern“ sammelten sich vor allem Deserteure. Einzelne Anschläge auf die Reichsbahn hatten Todesurteile zur Folge, auch katholische Geistliche kamen ins KZ.

Nach dem Rückzug der jugoslawischen Armee war Laibach als Provinz Lubiana an Mussolinis Italien angegliedert worden. Im jugoslawischen Untergrund bildete der zuvor illegale KP-Chef Josip Broz Tito aus seinen Parteikadern eine Partisanenarmee aus, die sowohl die Besatzer als auch die Reste der königstreuen Tschetniks bekämpfte. In Slowenien wurde die „Osvobodilna Fronta“ (OF), eine Partisanenbewegung, gebildet, die die Vereinigung aller Slowenen in einem kommunistischen Jugoslawien zum Ziel hatte. Die OF suchte zunächst Kontakte mit Kärntner Partisanen, die bereits einzelne bewaffnete Aktionen durchgeführt hatten. Im Herbst 1942 begann der erste deutsche Vorstoß gegen diesen Widerstand, der

durch die Zwangsaussiedlung von Kärntner Slowenenfamilien ins „Altreich“, zum Teil auch mit dem Ziel Russland, auf verzweifelte Ablehnung gestoßen war. Widerstand wurde rücksichtslos unterdrückt, und in den betroffenen Regionen wurden mehr als 200 Personen verhaftet und vor ein von Roland Freisler (dem Blutrichter nach dem Hitler-Attentat) geleitetes „Volksgericht“ gestellt. In der Anklageschrift heißt es unter anderem, dass „die in Bun-

kern versteckten Angeklagten eine ‚Lebensgemeinschaft‘ gebildet haben, zu der übrigens nicht nur die Deserteure und sonstigen Bandenmitglieder gehören, sondern auch diejenigen, die ihnen Waffen liefern, ihre Verbindung mit der Bevölkerung aufrechterhalten und sie ernähren, was für sich allein schon hochverräterisch und im Kriege feindbegünstigend ist. Das müssen alle gegen sich gelten lassen, die der Volksgerichtshof in diesem Verfahren



Foto: FK

Vinzenz Jobst übergibt das Buch über die NS-Opfer an Landeshauptmann-Stellvertreter Peter Kaiser

Partisanen im Widerstand

zum Tode verurteilt hat.“ Diese wurden nach Wien gebracht und dort hingerichtet.

Ungeachtet dieser Bedrohung formierte sich in Koprein bei Eisenkappel am 28. März 1943 das 1. Kärntner Bataillon. Der Partisanenkampf ging auch nach dem Freisler-Urteil weiter. Die örtlichen Polizei- und Gendarmenkräfte konnten ihrer nicht Herr werden. Im März 1944 verlegte Himmler ein SS-Polizeiregiment aus Russland nach Kärnten. Als die Partisanentätigkeit immer näher an Klagenfurt rückte, kam es zu einer Großaktion, mit Deportation zahlreicher Verhafteter in Konzentrationslager und mit Todesurteilen, unter anderem wegen Zusammenarbeit mit den österreichischen Kommunisten.

(Nicht in Kärnten, sondern in Slowenien waren zwei österreichische Bataillone unter der Führung der Kommunisten Franz Honner und Friedl Fürnberg gebildet worden.) Die größte Niederlage fügte die OF, die bereits Nachschub von einer britischen Militärmission erhielt, der Wehrmacht im Mießtal zu.

Überraschend entschloss sich Tito im September 1944, den größten Teil seiner Partisanen aus Kärnten abzuziehen. Die beiden Kärntner Verbände wurden aufgelöst, obwohl Himmler im Sommer 1944 Südkärnten zum „Bandenkampfgebiet“ erklärt hatte. Die SS konnte noch beim „Spitzbauer“ in Lamm ein Blutbad mit 77 Toten, zum Teil unter Unbewaffneten, anrichten.

Auf der Peršmanhube bei Eisenkappel wurden noch am 25. April 1945 elf Mitglieder der Bauernfamilien Sadovnik und Kogoj, unter ihnen etliche Kinder, von SS-Polizisten ermordet.

Heute befindet sich dort das einzige antifaschistische Museum Kärntens.

Der umfangreiche Hauptteil des Buches ist den Namenslisten der NS-Opfer in Kärnten gewidmet, weiter geordnet nach den einzelnen Gruppen, die nach der rassistischen Ideologie verfolgt oder aufgrund körperlicher oder geistiger Behinderungen als „lebensunwert“ eingestuft wurden, schließlich auch nach religiösen Bekenntnissen und nach ihrem widerständigen Einsatz für eine freie Heimat.

Ein eigenes Kapitel befasst sich mit literarischen Bearbeitungen des Themas der NS-Opfer in Kärnten, Oberkrain und in dem „Adriatischen Küstenland“, wo nach der Kapitulation Italiens die Gebiete Friaul, Istrien, Triest einer deutschen Verwaltung unterstellt wurden (so wie die „Operationszone Alpenvorland“ in Südtirol, Trient und Belluno).

Der ausführliche Schlussteil des fast 900 Seiten starken Buchs folgt mit den Biografien der Opfer der in der Einleitung Peter Gstettner geäußerten Ansicht, dass die Kenntnis von deren Leben und Sterben die sicherste Gewähr gibt für das „Niemals vergessen“.

Manfred Scheuch

Ein Mahnmal für die Gedenkstätte Annabichl

Die Gedenkstätte in Annabichl besteht seit 1965. Die Architektur stammt von DI Rudolf Nitsch, die künstlerische Ausführung von Valentin Oman. Seit dem Jahr 2000 bemüht sich „Memorial Kärnten-Koroška“ um eine Erneuerung dieses Ortes im Gedenken an die Opfer für ein freies Österreich. Vorrangiges Ziel: Die Landesgedenkstätte muss mit dem Aufscheinen der Opfernamen errichtet werden.

Warum Namen? Ein Denkmal, das die Namen der Opfer dem Vergessen zu entreißen vermag, macht den Menschen in seinem geschichtlichen Wesen wieder erkennlich. Es geht dabei zweifach um den Wert „Würde“. Zum einen wird den Opfern, die für unsere Freiheit gelitten haben,

die Würde zurückgegeben, die ihnen die Nazis genommen haben, indem sie ihren Opfern wie Tieren Nummern in die Haut brannten. Zum anderen geht es um die Würde der Republik Österreich, wenn sie mit Anstand dazu beiträgt, ein korrektes Geschichtsbild herzustellen, das keine Opfer-Täter-Umkehr mehr zulässt. Außerdem entsteht mit einer erneuerten Gedenkstätte die Anbindung an die notwendige europäische Gedenkkultur und die Einordnung in die Werte der geltenden Menschenrechte.

Der frühere israelische Staatspräsident Ezer Weizmann sagte in seiner Rede 1996 vor dem Deutschen Bundestag in Bonn die erschütternden Worte, nachdem er die Namen einiger großen Söhne des Volkes Israel angeführt hat-

te: „Unter den Millionen Kindern meines Volkes, die die Nazis in den Tod geführt haben, waren weitere Namen, an die wir heute mit dem gleichen Maß an Ehrfurcht und Hochachtung erinnern könnten. Doch wir kennen diese Namen nicht. Wie viele Bücher, die niemals geschrieben wurden, sind mit ihnen gestorben? Wie viel Symphonien, die niemals komponiert wurden, sind in ihren Kehlen erstickt? Wie viele wissenschaftliche Entdeckungen konnten nicht in ihren Köpfen heranreifen?“

Daran angelehnt entsteht Motivation zur Trauerarbeit, die unserem Handeln zugrunde liegt. Die NS-Opfer in und aus Kärnten sind zahlreich. Nach unseren Erkenntnissen könnten es ca. 10.000 sein. Kärnten soll nicht zu einem „geis-

tigen und emotionalen Friedhof“ verkommen.

„Memorial Kärnten-Koroška“ setzt sich willentlich nicht für irgendeine Schuldzuschreibung ein, sondern für das verantwortungs- und geschichtsbewusste Weitertragen der Erinnerung.

Dadurch wird die „Vergessensschuld“, die auch die Nachgeborenen betreffen kann, abgetragen. Die Landesgedenkstätte, die Namen der Opfer dem Vergessen zu entreißen vermag, ist ein anspruchsvolles Projekt. Wir hoffen auf die Hilfe der demokratischen Institutionen und der Mitbürger. Das Vorhaben soll bis Ende des Jahres 2012 umgesetzt sein und wird von allen Erinnerungsinstitutionen, die es in Kärnten gibt, getragen.

Vinzenz Jobst

Ulrichsberg – Treffen nicht mehr gefragt

Das Ulrichsbergtreffen in Kärnten lockt immer weniger Teilnehmer an. Heuer verlegte man die Feier ins Tal. Im Vorjahr gab es, obwohl 50-Jahr-Jubiläum, überhaupt kein Treffen mehr. Nach jahrzehntelanger Teilnahme verabschiedete sich das Bundesheer auf Weisung von Verteidigungsminister Norbert Darabos von der Unterstützung durch die Militärmusik. „Die Abgrenzung zu NS-Gedankengut ist unzureichend“, befand er.

Die Grundidee der Feier, Dankbarkeit für die Kriegsheimkehrer und Gedenken an die Gefallenen, spricht junge Leute nicht mehr an, ihnen fehlt die Emotion zu diesen Themen. Die Kriegsgeneration gibt es teils nicht mehr, teils fehlt ihr die Mobilität. Gab es 1989 noch 7.000 Besucher, so waren es zuletzt nur noch einige hundert. „Der Berg ruft nicht mehr“, titelte die Kleine Zeitung in Erinnerung an die einstige Parole.

„Das Treffen wird eh auslaufen“, hatte der Klagenfurter Leopold Guggenberger längst erkannt. So ist es auch für die einst reichlich vertretenen Veteranen der Waffen-SS-Kameradschaft IV und internationale SS-Verbände nicht mehr interessant. Die Zeiten, da Jörg Haider 1995 den Waffen-SS-Soldaten Dank und Anerkennung aussprach, und Politiker aller Regierungsparteien von Land und Bund kamen, sind längst vorbei. Auch mit NS-

Devotionalien ist kein Geschäft mehr zu machen.

Die Feier heuer wurde vom Berggipfel ins Tal, zum Herzogstuhl, verlegt. Sie rückt zeitlich in die Nähe der großen Jubiläumsfeier zur Volksabstimmung. Die Kärntner SPÖ ist bemüht, durch historische Aufklärung die Gemeinsamkeit des Zusammenstehens für den Sieg und den Verbleib des Landes bei Österreich hervorzuheben. ■

Sozialdemokraten im „Abwehrkampf“

Lieber im Abwehrkampf sterben, als in den Gefängnissen der Reaktion verfaulen oder auf dem Galgenenden: Mit dieser Aussage brachte der spätere erste sozialdemokratische Landeshauptmann Kärntens, Florian Gröger, die Einstellung seiner Genossen auf den Punkt. Die Sozialdemokraten standen im Abwehrkampf und bei der Volksabstimmung keineswegs abseits, sondern spielten eine wichtige Rolle.

Die SPÖ lud zu einer Veranstaltung zum 10. Oktober, auf der durch den Kärntner Historiker Hellwig Valentin diese lange „unterbelichtete“ Haltung der SDAP aufgehellte wurde. Sie war die einzige Kraft, die eigene Freiwilligenverbände aufstellte, so die Bataillone in Klagenfurt, Villach und Wolfsberg, aus denen dann der Republikanische Schutzbund hervorging.

Die Regierung in Wien unterstützte den Waffengang,

indem Julius Deutsch Volkswehrruppen (auch Franz Jonas war dabei) schickte. Otto Bauer setzte in Paris dann die Volksabstimmung durch. Das Abstimmungsgebiet war damals eine rote Hochburg, in der auch viele Kärntner mit slowenischer Umgangssprache für Österreich stimmten. In der Plebisitzzone brachten 64,4 Prozent für Österreich – um 14,8 Prozent mehr Stimmen als im Landesdurchschnitt – den Sieg. „Es war ein gemeinsamer Erfolg der deutsch und slowenisch sprechenden Landesbewohner“, resümierte Historiker Valentin.

Die Betrachtung der geschichtlichen Tatsachen störte FPÖ-Klubchef Kurt Scheuch: Die SPÖ suche den 10. Oktober parteipolitisch zu vereinnahmen. Offenbar ärgert die FPÖ, dass sie in ihrer deutschnationalen Gesinnung ein Alleinmonopol verliert. Das zeigt sich auch bei dem lange Zeit hoch gefeierten Treffen auf dem Ulrichsberg, der immer weniger Inte-

ressierte anzog, sodass es zum 50-Jahre-Jubiläum kein Treffen mehr gab, zumal Verteidigungsminister Darabos mit der lange geübten Teilnahme des Bundesheers Schluss machte. Die Grundidee des Festes war der Gedanke, Kriegsheimkehrer zu begrüßen und der Gefallenen zu gedenken. Diese Idee wurde dadurch anrühlich gemacht, dass Veteranen der SS-Kameradschaft IV und internationale SS-Verbände auftraten, denen Jörg Haider 1995 „Dank und Anerkennung“ aussprach, und alte Nazis und junge Neonazis NS-Devotionalien anboten.

Die Besuchererosion führte dazu, dass die Veranstalter wie bereits heuer nicht mehr auf dem Berg, sondern beim Herzogstuhl im Tal die letzten Getreuen sammelten.

Die Kämpfe in Kärnten hatten die Friedenskonferenz auf den Widerstand der Bevölkerung aufmerksam gemacht. Dazu kam, dass Italien – im

Gegensatz zu Frankreich – sich überall gegen eine Ausweitung Jugoslawiens zur Wehr setzte. Österreich wurde nun eine Volksabstimmung zugesichert. Das Abstimmungsgebiet wurde in zwei Zonen geteilt. Die Jugoslawen mussten die von ihnen besetzte Zone A (mit Klagenfurt) räumen.

Bei der Abstimmung sprachen sich 59,04 Prozent der Bevölkerung für Österreich aus, nur 40,96 Prozent wollten zu Jugoslawien. Es zeigte sich, dass etwa die Hälfte der Slowenischsprachigen für Österreich gestimmt hatten. Das war ein klares Bekenntnis für die Landeseinheit. Dazu kam, dass die serbische Besatzung einen schlechten Ruf hatte und dass im Königreich Jugoslawien zum Unterschied von der jungen Republik Österreich Wehrpflicht bestand. Ob Österreich der Treue der Kärntner Slowenen Dank zollte, ist ein anderes Kapitel – bis hin zu dem leidigen Ortstafelstreit. ■



Hans Brosch 80



Foto: FK

bis zur gemeinsamen Arbeit im Gemeinderat und in der Partei. Auf allen Arbeitsfeldern lernte er Hans Brosch als aktiven Antifaschisten kennen. Auch die Zusammenarbeit im Rahmen des Bundes der Freiheitskämpfer war immer von erfolgreichen Ergebnissen begleitet. Namens des Bundes gratulierten auch bei der nachfolgenden Wiener Vorstandssitzung Herta Slabina und Hannes Schwantner dem langjährigen Wiener Funktionär.

Im Stubianek-Saal der SPÖ Neubau fand im Kreise der Neubauer und Wiener Freunde von Hans Brosch eine Geburtstagsfeier der besonderen Art statt, bei der es nicht nur Worte des Dankes und der Anerkennung für den langjährigen Bezirksobmann durch die jetzige Bezirksvorsitzende, Abg. z. NR Andrea Kuntzl gab, sondern auch ein auf diesen Geburtstag abgestimmtes Unterhaltungsprogramm mit Esprit. Mit bei der Feier: seine Frau Maria, Kinder, Enkel, allesamt auch in der Sozialdemokratie engagiert. ■

Unser langjähriges Vorstandsmitglied im Bund und in Wien, Hans Brosch, ehemaliger Wiener Landtagsabgeordneter und später auch Gemeinderatsvorsitzender, feierte Anfang September seinen 80. Geburtstag. Vorsitzender Ernst Nedwed gratulierte Hans Brosch im Rahmen einer Präsidiumssitzung des Bundes und wies auf viele gemeinsame Wege hin, die ihn persönlich mit Hans Brosch verbinden: von der Sozialistischen Jugend

Bundeskonzferenz am 27. 11. 2010

Die Bundeskonferenz der Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer findet am Samstag, dem 27. November 2010, um 10 Uhr im Renner-Institut, Bruno-Kreisky-Saal, Eingang Gartenhotel Altmanndorf, Hoffingergasse 26, 1120 Wien, statt. Teilnahmeberechtigt sind die Delegierten der Landesverbände, der Bundesvorstand sowie geladene Gäste.

Gedenkmarsch auf dem Wiener Zentralfriedhof 65 Jahre nach der Befreiung vom Hitler-Faschismus Montag, 1. November 2010, Zentralfriedhof, 2. Tor

Treffen ab 9 Uhr, Abmarsch 9.30 Uhr

Gedenken der Arbeitsgemeinschaft der KZ- Verbände und Widerstandskämpfer Österreichs an die hingerichteten Wiener Feuerwehrleute am Dienstag, dem 26. Oktober 2010, um 10 Uhr, Am Hof, Hauptfeuerwache

Die Gedenkrede hält Landtagspräsident
Prof. Harry Kopietz.

Wir gratulieren

Zum 97. Geburtstag: Kurt Wasserberger, Rehovoth (Israel); Hermine Filipic, Wien. **94. Geburtstag:** Franz Hellwagner, Braunau/Inn; Maria Kaiser, Innsbruck; Valerie Langer, Wien. **93. Geburtstag:** Stefanie Schächli, Innsbruck; Maria Schnabel, Kapfenberg. **92. Geburtstag:** Karl Pfeiffer, Salzburg. **91. Geburtstag:** Gertrude Scholz, Graz; Franz Danimann, Karl Leidenfrost, Emma Sassik, Heinrich Zabinsky, Wien; Franz Heidmeier, Wolkersdorf. **90. Geburtstag:** Leopold Schöggel, Judenburg; Leopoldine Feichtinger, Linz; Franz Weiss, Steyr; Maria Panek, Franz Peska, Frieda Reichel, Eduard Steinitz, Josef Zlesak, Wien. **85. Geburtstag:** Franz Ehmman, Ansfelden; Albin Lamprecht, Feldkirchen/Donau; Josef Hoffmann, Heidenreichstein; Erich Weiss, Neufeld/Leitha; Leopold Speer, Schwarzenbach/Pielach; Hildegard Dvorak, Ernst Falschlehner, Antonia Klein-Kresaldo, Erika Krenn, Leopold Liebeg, Leopoldine Mandl, Gertrude Scharinger, Wilhelmine Schmidt, Anna Spevak, Leopoldine Urbanek, Ernst Zipperer, Wien. **80. Geburtstag:** Heinz Mang, Graz; Gerhard Gemeinböck, Groß-Schweinbarth; Stephanie Traxler, Grünbach; Stefanie Reichenpfader, Linz; Inge Kollonitsch, St. Pölten; Josef Brenner, Hans Brosch, Franz Rathmanner, Walter Wana, Wien. **75. Geburtstag:** Peter Soucek, Retz; Ernst Karauscheck, St. Pölten; Karl Anibas, Hilde Mauritz, Franz Rupaner, Melitta Welzl, Wien; Ferdinand Spitäler, Wiener Neustadt.

Widerstandsgedichte in 2. Auflage



Foto: Mandelbaum Verlag
mandelbaum verlag

Lyrische Beiträge des 20. Jahrhunderts aus Österreich
Zweite, verbesserte Auflage!

Schon bei der Präsentation der ersten Auflage unseres Lyrikbandes am 4. Dezember 2009 im SPÖ-Parlamentsklub war der vom Verlag beigestellte Büchertisch bald leer.

Und dank des Einsatzes unserer Funktionäre und Funktionärinnen konnten in den Folgemonaten so viele Exemplare verkauft werden, dass die Erstauflage im Frühjahr zur Gänze weg war. Dazu trug auch der Verkauf im traditionellen Buchhandel bei.

Der Verlag hat sich daher im Einvernehmen mit unserer Bundesorganisation entschlossen, eine zweite, verbesserte Auflage herauszubringen. Sie wird im Oktober erscheinen. Die Exemplare für unsere Mitglieder sind über die Bundesorganisation zu beziehen.

Widerstand und Freiheitskampf
Lyrische Beiträge des 20. Jahrhunderts aus Österreich
400 Seiten | gebunden | 12,5 x 21 cm
Euro 19,90 | empf. sfr 29,90
Mandelbaum Verlag
ISBN 978-3-85476-359-8
erscheint im Oktober 2010

Erinnerung an Kurt Tucholsky

Kurt Tucholsky wurde vor 120 Jahren, am 9. Jänner 1890, als Sohn eines jüdischen Kaufmanns in Berlin geboren, studierte dort und in Genf Rechtswissenschaft und promovierte 1915 in Jena zum Dr. jur. 1907 wurde zum ersten Mal eine Arbeit von ihm gedruckt. Tucholsky schrieb unter seinem eigenen Namen sowie unter den Pseudonymen Theobald Tiger, Peter Panter, Ignaz Wrobel und Kaspar Hauser. Er war der hervorragendste und geistreichste politisch-satirische Schriftsteller der Weimarer Re-

publik, der unerschrocken und unermüdlich gegen Kleinbürgertum, Reaktion, Militarismus und Faschismus kämpfte.

1912 erschien „Rheinsberg. Ein Bilderbuch für Verliebte“, das ihn weithin bekannt machte. Seit 1913 hatte Tucholsky in der „Schaubühne“, der späteren „Weltbühne“, hauptsächlich Theaterkritiken veröffentlicht. Die „Weltbühne“ war in der Weimarer Republik eine der besten und mutigsten bürgerlichen Zeitungen. Während seiner Soldatenzeit im Ersten Weltkrieg veröffentlichte Tucholsky wenig.

Tucholsky gehörte nach dem Ende des Krieges für kurze Zeit der USPD an, trat danach jedoch nicht der KPD bei. Mit seiner spitzen Feder bekämpfte er alle Spielarten der Reaktion. In heftiger Weise prangerte Tucholsky die zahlreichen politischen Morde an, die die Weimarer Republik in den ersten Jahren erschütterten. Immer wieder wurden Anschläge auf linke, pazifistische oder auch liberale Politiker und Publizisten verübt, wie auf Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, Walther Rathenau, Matthias Erzberger und Philipp

Scheidemann. Obwohl er seit 1924 hauptsächlich in Paris lebte und arbeitete, war er der von der deutschen Bourgeoisie und den Nazis am meisten gehasste Publizist. Aber auch die SPD bekam ihr Fett ab (s. u.). 1933 wird Tucholsky aus Deutschland „ausgebürgert“, seine Bücher werden von den Nationalsozialisten verboten und verbrannt. Er lebte damals bereits seit vier Jahren in Hindås bei Gripsholm in Schweden, wo er sich im Dezember 1935 krank und vereinsamt das Leben nahm. ■

Gerald Netzl

Rosen auf den Weg gestreut

Ihr müßt sie lieb und nett behandeln,
erschreckt sie nicht – sie sind so zart!
Ihr müßt mit Palmen sie umwandeln,
getreulich ihrer Eigenart!
Pfeift euerm Hunde, wenn er kläfft:
Küßt die Faschisten, wo ihr sie trefft!

Wenn sie in ihren Sälen hetzen,
sagt: »Ja und Amen – aber gern!

Hier habt ihr mich – schlagt mich in
Fetzen!«
Und prügeln sie, so lobt den Herrn.
Denn Prügeln ist doch ihr Geschäft!
Küßt die Faschisten, wo ihr sie trefft.

Und schießen sie: du lieber Himmel,
schätzt ihr das Leben so hoch ein?
Das ist ein Pazifisten-Fimmel!

Wer möchte nicht gern Opfer sein?
Nennt sie: die süßen Schnuckerchen,
gebt ihnen Bonbons und Zuckerchen ...
Und verspürt ihr auch
in euerm Bauch
den Hitler-Dolch, tief, bis zum Heft:
Küßt die Faschisten, küßt die Faschisten,
küßt die Faschisten, wo ihr sie trefft!



Der deutsche „Reichstag“ 1933–1945

Vor 75 Jahren, im September 1935, wurden die „Nürnberger Gesetze“ beschlossen. Ein Grund, sich Zusammensetzung und Aktivitäten des Reichstags während der Nazizeit einmal genauer anzusehen.

Der Reichstag war die deutsche Volksvertretung im Kaiserreich und in der Weimarer Republik. Während der nationalsozialistischen Herrschaft wurde diese Einrichtung nicht aufgelöst, was in einer Diktatur naheliegend gewesen wäre, sondern bestand als Pseudo-Volksvertretung bis zum Zusammenbruch weiter. Jedoch fanden nach dem 23. 3. 1933 nur mehr 19 Sitzungen statt. Die Abgeordneten bezogen allerdings weiter ihre Diäten und hatten freie Fahrt auf der Reichsbahn. Nicht zuletzt deshalb wurde der Reichstag hinter vorgehaltener Hand als „teuerster Männergesangsverein der Welt“ bezeichnet. Schließlich wurden bei jeder Sitzung Deutschland- und Horst-Wessel-Lied gesungen. Das noch aus der Kaiserzeit stammende hohe Sozialprestige eines Reichstagsmandats war eine zusätzliche Motivation, dieses Amt anzustreben. Dies galt in besonderem Maß für die mittlere Funktionärschicht unterhalb der Gauleiter, also Kreisleiter etc. Knapp die Hälfte aller Abgeordneten kam aus der Politischen Organisation der NSDAP (Gauleiter, Gauamtsleiter, Kreisleiter),

je ca. 20% von SA und SS (Überschneidungen zur PO gab es), der geringe Rest aus HJ, NSKK, NSFK, DAF, Reichsnährstand etc. Beim frauenfeindlichen Weltbild der NSDAP überrascht es nicht, dass es sich dabei ausschließlich um Männer handelte. Durch die aggressive expansive Außenpolitik und damit verbundene höhere Bevölkerungszahlen stieg die Zahl der Abgeordneten von 661 im Jahr 1933 auf einen Höchststand von 860 im Jahr 1943.

Der Reichstag fungierte als Akklamationsforum für den Führer. In den Sitzungen kamen die Abgeordneten nicht zu Wort. Präsident Göring eröffnete die Sitzungen, für den seltenen Fall, dass ein Gesetz beschlossen werden sollte, sprach Fraktionsführer Frick, ansonsten sprach ausschließlich der „Führer“. Der Diktator wünschte eine Volksvertretung, um seinen seltenen Regierungserklärungen einen besonders feierlichen und würdigen Rahmen zu verleihen. In den zwölf Jahren wurden ganze sieben (!) Gesetze vom Reichstag beschlossen, mehr als 900 von der Reichsregierung. Warum die Nazis den Reichstag nicht abschafften bzw. sogar Wahlen (12. 11. 1933, 29. 3. 1936 und 10. 4. 1938) sowie Volksabstimmungen (ebenfalls an den genannten Terminen plus 19. 8. 1934) durchführten, erklärt sich mit der damit verbundenen erwünschten Mobilisierung der eigenen Anhänger sowie der Ein-

schüchterung und Verfolgung opponierender Kräfte. SPD und KPD wurden die Mandate im März 1933 entzogen, Mitte 1933 lösten sich die bürgerlichen Parteien auf. Mehrere DNVP-Abgeordnete, darunter Alfred Hugenberg, wurden als sog. Hospitanten in die NSDAP-Fraktion aufgenommen, d. h. es gab einige wenige Abgeordnete, die nicht NSDAP-Mitglied waren. Bei der Wahl selbst konnte nur der von Fraktionsführer Frick erstellten Liste zugestimmt werden, d. h. der Einfluss der Wählerschaft darauf, wer Abgeordneter wird, war gleich null. Wahlfälschungen hat es in geringem Ausmaß gegeben, stärkere Abweichungen vom Gesamtergebnis dürften Denkmittelcharakter für örtliche Funktionäre gehabt haben. Bei der Volksabstimmung vom 19. 8. 1934 (Vereinigung der Ämter des Reichskanzlers und des Reichspräsidenten) gab es eine Zustimmung von 90%. Bei Einrechnung der ungültigen Stimmen und der Nichtwähler von nur 84%. Anders ausgedrückt: 7,2 Millionen Reichsbürger haben nicht zugestimmt.

Der am 10. 4. 1938 gewählte Reichstag – am gleichen Tag wurde auch im ganzen Reich über den „Anschluss“ abgestimmt (zum Teil „freudig mit ja“) – trat am 30. 1. 1939 erstmals zusammen. Da waren dann auch gleich Abgeordnete für die im Oktober 1938 okkupierten sudeten-

deutschen Gebiete dabei. Nach Kriegsbeginn wurde der Reichstag nur noch einberufen, wenn Hitler das siegreiche Ende eines Feldzuges mitteilen und feiern lassen wollte (6. 10. 1939 Polen, 19. 7. 1940 Frankreich, 4. 5. 1941 Balkan). Eine Ausnahme stellte die Sitzung am 11. 12. 1941, nach der Kriegserklärung an die USA, dar. Zum letzten Mal tagte er am 26. 4. 1942. Für den 30. 1. 1943 war anlässlich des zehnten Jahrestages der Machtübertragung eine feierliche Sitzung vorgesehen, die wegen der schwierigen Situation an der Ostfront (Stalin-grad!) nicht stattfand.

Zu den wenigen vom Reichstag beschlossenen Gesetzen gehörten die am 15. 9. 1935 am Rande des Reichsparteitages beschlossenen berichtigten „Nürnberger Gesetze“: Reichsflaggen-gesetz, Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre, Reichsbürgergesetz. De iure gab es in Nazi-Deutschland drei gesetzgebende Institutionen: Reichstag, Reichsregierung und Reichsvolk. De facto herrschte das Führerprinzip und auf dem Weg der Reichsregierung wurden Hitlers Vorgaben zu Gesetzen.

Im Zuge der Auflösung anlässlich der Wahl im November 1933 wurden auch die noch bestehenden Länderparlamente aufgelöst und blieben das auch. ■

Gerald Netzl

Die Mäuler auf!

**Heilgebrüll und völkische Heilung,
schnittig, zackig, forsch und päng!
Staffelführer, Sturmabteilung,
Blechkapellen, schnädderädäng!
Judenfresser, Straßenmeute ...
Kleine Leute. Kleine Leute.**

**Arme Luder brülln sich heiser,
tausend Hände fuchteln wild.**

**Hitler als der selige Kaiser,
wie ein schlechtes Abziehbild.
Jedes dicken Schlagworts Beute:
Kleine Leute! Kleine Leute!**

**Tun sich mit dem deutschen Land dick,
grunzen wie das liebe Vieh.
Allerbilligste Romantik –
hinten zahlt die Industrie.**

**Hinten zahlt die Landwirtschaft.
Toben sie auch fieberhaft:
Sind doch schlechte deutsche Barden,
bunte Unternehmerngarden!
Bleiben gestern, morgen, heute
kleine Leute! kleine Leute!**

1930



Foto: RI

SPÖ-Bildungskonferenz

Im Sommer fand eine wichtige Bundesbildungskonferenz in der bfi-Fachhochschule, Wohlmutstraße, statt. Der langjährige Bildungsvorsitzende Hannes Swoboda, Mitglied des Europäischen Parlaments und Vizepräsident der Sozialdemokratischen Fraktion, legte seine Funktion zurück und die Delegierten wählten mit einer großen Zustimmung von 98,9 Prozent Michael Ludwig, Wiener Vizebürgermeister, langjähriger Bildungsfunktionär und Volksbildner, in die neue Funktion.

Als stellvertretende Vorsitzende wurden gewählt: Andrea Kuntzl, Brigitte Leidmayer, Elmar Mayer, Beate Schasching, Hannes Schwarz, Ernst Woller.

Weitere Präsidiumsmitglieder sind: Klaus Bergmaier, David Brenner, Karl Duffek, Jakob Huber, Eleonora Kleibel, Gabriele Kolar, Sabine Letz, Christine Muttonen, Herwig Ostermann, Doris Prohaska, Gabriele Schmid, Gabriele Tremmel, Sophie Wollner. Als Bundesbildungssekretärin wurde Barbara Rosenberg und als stellvertretender Bundesbildungssekretär Wolfgang Markytan bestellt.

Nach Referaten von Hannes Swoboda und Michael Ludwig gab es eine engagierte Diskussion, die zeigte, dass Bildungspolitik und Bildungsarbeit einen wichtigen Stellenwert in der sozialdemokratischen Bewegung haben. ■

„Gerechte“ im Burgenland

Am 27. Juli 1995 berichtete das Burgenland Fernsehen über die Auszeichnung einer Familie aus dem kleinen Ort Deutsch Ehrendorf mit der Yad Vashem-Medaille, mit der Israel „Gerechte unter den Völkern“, die sich für jüdische Verfolgte in den finsternen Hitlerjahren eingesetzt hatten, ehrt. Es war die Bauernfamilie Legath, die im März 1945 zwei junge Juden, denen es gelungen war, aus der Zwangsarbeiterkolonne, mit der sie zum Bau des „Südostwalls“ eingezogen worden waren, zu flüchten. Sie waren in Szombathely (Steinamanger) zusammen mit vielen anderen Leidensgenossen zu dem Marsch, der für die meisten über brutale Schinderei mit dem gewaltsamen Tod enden sollte, gezwungen worden.

Der vierzehnjährige Bauernsohn Martin Legath begegnete den beiden Flüchtigen und brachte sie zum Haus seiner Familie; trotz der mit schweren Strafen bedrohten Hilfe versteckte die Mutter, Gisela Legath, die beiden Flüchtigen auf dem Heuboden und versorgte sie unter großer Vorsicht mit Essen. „Sie werden leben!“, hatte sie zu ihnen gesagt, sie wusste,

dass es bei einer Entdeckung um Leben und Tod ging. György Krausz, der sich später Giora Karny nannte, und sein Gefährte Cundra überlebten. In den Jahren danach hatten die Menschen andere Sorgen, und wohl auch die Geretteten, da kam 1987 ein Brief Karnys zu den Legaths, in dem es wörtlich hieß: „*Ich wahr Derjenige, welche ihre Eltern und Martin, und Sie, mir das Leben damals retteten. Und ich möchte besonders betonen unter Seiner eigener Lebensgefahr. Es gibt keine Wörter für diese tapfere Tat, die ich Ihrer Familie Ausdrücken möchte.*“ Bei der Verleihung der Medaille in der israelischen Botschaft in Wien sagte der Botschafter: „Sie haben die Ehre der Menschheit gerettet durch ein Beispiel, wie die menschliche Gesellschaft als solche und der Mensch als Einzelner handeln soll.“

Die Autorin des gut illustrierten Buchs, Renate M. Schönfeldinger, hat sich dieser Geschichte angenommen und zugleich einen Überblick über die Zwischenkriegszeit in Ungarn gegeben, wobei sie insbesondere das Verhältnis der ungarischen Politik zu ihren jüdischen Bürgern darstellt. ■

Mitarbeiter/-innen dieser Ausgabe: Liselotte Hansen-Schmidt, Annemarie Hopfgartner, Vinzenz Jobst, Waltraude Licen, Ernst Nedwed, Gerald Netzl, Manfred Scheuch, Peter Weidner, Eva Zeman. **Grafische Gestaltung:** Lukas Linecker. **Lektorat:** Roswitha Horak, Roswitha Singer-Valentin. **Redaktionsschluss dieser Ausgabe:** 24. September 2010. **Nächstes Heft:** Dezember 2010.

Impressum:

Medieninhaber und Herausgeber: Bund Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer, Opfer des Faschismus und aktiver Antifaschisten. 1014 Wien, Löwelstraße 18, Telefon: 01/534 27-277, Fax: Dw. 258, E-Mail-Adresse: kaempfer@spoe.at, Internetadresse: www.freiheitskaempfer.at **Produktionsleitung:** VWZ Zeitschriftenverlag Ges.m.b.H., Schottenfeldgasse 24, 1070 Wien; Telefon: 524 70 86-0 **Fotos:** Wenn nicht anders vermerkt: Redaktion Freiheitskämpfer **Hersteller:** Gutenberg, 2700 Wiener Neustadt
Offenlegung nach § 25 Mediengesetz: Information über neofaschistische und rechtsextremistische Bewegungen, Vereinsnachrichten, Informationen der Opfer des Faschismus. **Zlnr.:** GZ 02Z03355M